

Angebotsaufforderung

Vergabeeinheit KVBS1_761.23



Im Vergabeverfahren **Arbeitsschutz**

Datum: 05.05.2026

Datei: : KVBS1_761.23_AzA

Vergabenummer: KVBS1_VE761.23

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeine Bedingungen.....	4
1.1.	Verfahrensrechtliche Bestimmungen.....	4
1.1.1.	Auftraggeber.....	4
1.1.2.	Verfahrensablauf.....	4
1.1.3.	Kommunikation und technische Voraussetzung zur Teilnahme am Vergabeverfahren.....	4
1.1.3.1.	Vergabesoftware.....	4
1.1.3.2.	Kommunikation.....	5
1.1.3.3.	Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist.....	5
1.1.3.4.	Vertraulichkeit.....	5
2.	Ablauf des Verfahrens.....	6
2.1.	Offenes Verfahren nach VgV.....	6
2.1.1.	Zielsetzung.....	6
2.1.2.	Form der Angebotsabgabe, Fristen.....	6
2.2.	Inhalt der einzureichenden Angebote.....	7
2.2.1.	Angebotsschreiben.....	7
2.2.2.	Leistungsbeschreibung und Honorarblatt.....	7
2.2.3.	Datenblatt mit Angaben zum Unternehmen.....	7
2.2.4.	Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen.....	8
2.2.5.	Erklärung zum Berufsstand.....	8
2.2.6.	Handels- bzw. Berufsregister.....	8
2.2.7.	Erklärung zur Haftpflichtversicherung.....	9
2.3.	Prüfung der Angebote.....	9
2.3.1.	Prüfung auf (formale) Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit.....	9
2.3.2.	Anfordern zusätzlicher Unterlagen.....	10

2.3.3.	Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen hinsichtlich Zuverlässigkeit	10
2.3.4.	Wirtschaftlichkeitsprüfung - Zuschlag und Zuschlagswertung	10
2.3.5.	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen	10
2.3.6.	Zuschlag und Bindefrist	10
2.3.7.	Weitere Verfahrensbedingungen	11
2.3.7.1.	Schutz der Verfahrensintegrität	11
2.4.	Änderungen der Vergabeunterlagen und des Verfahrensablaufes	11
2.5.	Entschädigung	11
3.	Datenschutz	11

1. Allgemeine Bedingungen

1.1. Verfahrensrechtliche Bestimmungen

1.1.1. Auftraggeber

Auftraggeber dieses Vergabeverfahrens ist die

Hochschulmedizin Hannover Baugesellschaft mbH (kurz HBG)

Podbielskistr. 386

30659 Hannover

Der Auftraggeber wird nachfolgend auch „AG“ bezeichnet.

Nähere Informationen zur Vereinbarung über die zentrale Steuerung sowie der gesellschaftsrechtlichen Struktur, des AG sind der **Projektbeschreibung** zu entnehmen.

1.1.2. Verfahrensablauf

Das Vergabeverfahren wird als **Offenes Verfahren** gem. § 15 VgV durchgeführt.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Vergabeunterlagen das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

1.1.3. Kommunikation und technische Voraussetzung zur Teilnahme am Vergabeverfahren

1.1.3.1. Vergabesoftware

Der AG nutzt die Vergabepattform „Deutsches Vergabeportal“ (DTVP) unter www.dtv.de. Eine Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere durch das Stellen von Fragen oder das Einreichen von Angeboten setzt voraus, dass sich die ausgewählten Bieter beim Deutschen Vergabeportal GmbH (DTVP) registrieren. Für die elektronische Einreichung von Angeboten ist die Nutzung des „Bietertools“ erforderlich. Das „Bietertool“ wird kostenfrei über das DTVP für dort registrierte Unternehmen zur Verfügung gestellt. Nähere Informationen zur Kommunikation sowie zu den technischen Voraussetzungen zur Teilnahme am Vergabeverfahren finden sich

unter „www.dtv.de“. Weitergehende Informationen finden sich außerdem unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

1.1.3.2. Kommunikation

Der AG kommuniziert mit den ausgewählten Bietern über die Vergabeplattform. Jeder Bieter ist gehalten, regelmäßig zu überprüfen, ob Nachrichten seitens des AG eingegangen sind. Der AG geht davon aus, dass Nachrichten dem Bieter zugegangen sind, sobald dieser die Nachrichten abrufen kann. Auch der Bieter darf nur über die Vergabeplattform mit dem AG kommunizieren (Bieterfragen etc.).

1.1.3.3. Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die von der AG zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die AG unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen.

Bieterfragen zu der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen sind unverzüglich einreichen. Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen über die Vergabeplattform „www.dtv.de“. Auch die Fragestellung selbst wird von der AG veröffentlicht. Es wird daher gebeten, die Bieterfragen so zu formulieren, dass sie keinerlei Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers zulassen. Grundsätzlich werden alle Fragen allen Bietern in anonymisierter Form zusammen mit den Antworten als fortlaufend nummerierte Bieterinformationen zur Verfügung gestellt. Die Antworten sind bei der Erstellung der Angebote zu beachten und werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Jeder Bieter ist unabhängig davon bis zum Ablauf der Frist zur Einreichung des Angebots verpflichtet, regelmäßig und selbstständig auf über diesen Link zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu achten.

1.1.3.4. Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die der Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält, sind vertraulich zu behandeln. Eine Weitergabe an Dritte – mit Ausnahme eingeschalteter Nachunternehmer und Berater – ist nicht gestattet. Der Bieter ist verpflichtet, die

eingeschalteten Nachunternehmer und Berater ebenfalls zur Beachtung des Vertraulichkeitsgebots zu verpflichten.

Sollte sich ein Bieter dazu entscheiden, sich nicht weiter an dem Verfahren zu beteiligen, ist er verpflichtet, dieses dem AG unverzüglich mitzuteilen und die erhaltenen Unterlagen zu vernichten oder zurückzugeben. Die Vernichtung der Unterlagen ist auf Verlangen zu bestätigen.

Ohne Zustimmung des Bieters werden die an den AG übergebenen Angebote, Unterlagen und Informationen nicht an Wettbewerber weitergegeben oder in anderer Weise öffentlich zugänglich gemacht. Der Geheimwettbewerb zwischen den Bietern wird gewahrt.

Der AG erwartet, dass Bieter ihre Angebotsunterlagen ebenfalls nicht mit Wettbewerbern erörtern oder in anderer Weise gegen das Vertraulichkeitsgebot verstoßen. Verstöße können als wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweise gewertet werden und zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren führen.

2. Ablauf des Verfahrens

2.1. Offenes Verfahren nach VgV

2.1.1. Zielsetzung

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Der Auftrag wird nur an ein fachkundiges und leistungsfähiges (geeignetes) Unternehmen vergeben, dass nicht nach den §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden ist.

Die Eignung ist gegeben, wenn alle geforderten Erklärungen und Nachweise erfüllt sind.

2.1.1.1. Eignungskriterien:

Der Bieter muss mindestens 2 Mitarbeiter beschäftigen, die über eine nachweisliche Anerkennung als Fachkraft für Arbeitssicherheit nach § 7 Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) verfügen. Weiterhin haben diese Mitarbeiter eine mindestens 3-jährige Erfahrung im Arbeitsschutz bei Bauvorhaben.

2.1.2. Form der Angebotsabgabe, Fristen

Die Angebote sind elektronisch bis zum 08.06.2026 über die Vergabepattform www.dtv.de zu übermitteln.

Die Einreichung in Textform (§ 126b BGB) ist ausreichend. Eine elektronische Signatur wird für die Einreichung des Angebots nicht verlangt. Die postalische Einreichung des Angebots ist nicht zugelassen. Es ist möglich, mehrere Unterlagen zu einer PDF- oder Zip-Datei zusammenzufügen. Alle Dokumente sind elektronisch über die Vergabepattform hochzuladen und sind ohne eigenhändige Unterschrift gültig.

2.2. Inhalt der einzureichenden Angebote

Mit dem Angebot sind die in diesen Bewerbungsbedingungen genannten Unterlagen vorzulegen. Dafür sind – soweit vorgesehen – die beigelegten Formblätter zu verwenden.

2.2.1. Angebotsschreiben

Der Bieter erstellt ein Angebotsschreiben für sein Angebot. Dieses Schreiben erkennt alle vom AG in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Bedingungen und Leistungsinhalte an.

2.2.2. Leistungsbeschreibung und Honorarblatt

Vom Bieter ist das vorgegebene Honorarermittlungsblatt (Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_Honorarblatt_f_20260414**) einzureichen. Der Bieter muss die angebotenen Preise für die abgefragten Leistungen eintragen. Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche Preise exklusive Umsatzsteuer (netto) anzugeben sind.

2.2.3. Datenblatt mit Angaben zum Unternehmen

Mit dem Angebot sind vom Bieter oder im Falle einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft Angaben zum Unternehmen des Bieters bzw. im Falle einer Bietergemeinschaft zu jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. (s. Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_FB04_UDAT_f_20260422**)

2.2.4. Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Mit dem Angebot ist die Erklärung des Bieters bzw. jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vorzulegen (s. Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_FB05 ASGR_f_20260422**).

2.2.5. Formblatt zur Tariftreue

Mit dem Angebot ist die Erklärung des Bieters bzw. jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft zur Tariftreue vorzulegen (s. Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_FB12 TFTR_f_20260422**)

2.2.6. Erklärung zum 5. EU Sanktionspaket

Mit dem Angebot ist die Erklärung des Bieters bzw. jedes Mitglieds einer Bietergemeinschaft zum 5. EU-Sanktionspaket gemäß Artikel 5k Absatz 1 VO (EU) (s. Formblatt:

KVBS1_761.23_AUU_FB11 EUSK_f_20260422)

2.2.7. Erklärung zum Berufsstand

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind mit dem Angebot weitere Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

Soweit Architekten- und Ingenieurleistungen ausgeführt werden, für die die berufliche Qualifikation des Architekten oder Ingenieurs erforderlich ist, ist die Erbringung dieser Leistungen Architekten und Ingenieuren vorbehalten. Hierüber ist von dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft eine entsprechende Erklärung abzugeben (s. Formblatt:

KVBS1_761.23_AUU_FB09 BRFS_f_20260422).

2.2.8. Handels- bzw. Berufsregister

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung sind mit dem Angebot Angaben, Erklärungen und Nachweise vom Bieter oder im Falle einer Bietergemeinschaft von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen. (s. Anlage

Auszug (eine Kopie) aus dem Handels- bzw. Berufsregister oder einen vergleichbaren Nachweis der Existenz des Unternehmens. Der jeweilige Nachweis ist nicht älter als sechs Monate, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Endes der Angebotsfrist. Der jeweilige Nachweis ist dem

entsprechenden Formblatt (s. Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_FB08 HBRG_f_20260422**) beizufügen.

2.2.9. Erklärung zur Haftpflichtversicherung

Zum anderen ist zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit eine Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung sowie jeweils über die Aufrechterhaltung der Versicherung für den Zeitraum der Leistungserbringung vorzulegen. Diese muss mit einer pro Versicherungsjahr zweifach maximierten Mindestdeckungssumme für Personenschäden in Höhe von 2,0 Mio. Euro je Schadensfall und für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden in Höhe von 2,0 Mio. Euro je Schadensfall gedeckt sein (s. Formblatt: **KVBS1_761.23_AUU_FB10 HPFL_e_20260422**). Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die Erklärung durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der AG wird den Bewerber im Falle der Zuschlagserteilung zur Vorlage eines Nachweises über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung mit der genannten Mindestdeckungssumme auffordern.

Die Abgabe der Erklärung über das Bestehen einer Haftpflichtversicherung oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung sowie jeweils über die Aufrechterhaltung der Versicherung für den Zeitraum der Leistungserbringung mit den genannten Mindestdeckungssummen ist ein Mindeststandard. Bei Nichterfüllung des aufgestellten Mindeststandards bleibt das Angebot des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft unberücksichtigt.

2.2.10. Nachweis der Eignung

Für die Nachweise als Fachkraft für Arbeitssicherheit sind die entsprechenden, personenbezogenen Dokumente in Form von Zertifikaten, Fachkunde-Ausbildungsnachweise oder vergleichbar mit dem Angebot einzureichen sowie die Lebensläufe der Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

2.3. Prüfung der Angebote

2.3.1. Prüfung auf (formale) Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit

Die AG wird die fristgerecht eingegangenen Angebote auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass geforderte Erklärungen oder Nachweise fehlen und dass

das Angebot nicht auszuschließen ist, verlangt die AG die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach pflichtgemäßem Ermessen nach.

2.3.2. Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Die AG behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Angeboten eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.

2.3.3. Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen hinsichtlich Zuverlässigkeit

Darauf erfolgt eine nochmalige Prüfung der Angebote auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann ggf. unter den § 123 Abs. 4, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB. Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und ggf. unter den im §§ 125, 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.4. Wirtschaftlichkeitsprüfung - Zuschlag und Zuschlagswertung

Die Angebote werden anhand folgender Zuschlagskriterien bewertet:

Oberkriterium		Gewichtung
1	Preis	100%

2.3.5. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

2.3.6. Zuschlag und Bindefrist

Die AG strebt an, das Verfahren durch Zuschlagserteilung zu beenden.

Die AG wird vor Zuschlagserteilung für den obsiegenden Bieter/jedes Mitglied der obsiegenden Bietergemeinschaft - wenn erforderlich - beim Gewerbezentralregister einen Auszug nach § 150a Abs. 1 Nr. 4 GewO bzw. Wettbewerbsregister einholen. Die Bieter haben zu erklären, dass sie sich an ihr Angebot bis zum 31.07.2025 binden.

2.3.7. Weitere Verfahrensbedingungen

2.3.7.1. Schutz der Verfahrensintegrität

Im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller Bieter sowie deren Beratern ist es nicht gestattet, zusätzliche oder vertrauliche Informationen über das Vorhaben sowie das Vergabeverfahren von der AG oder dessen Beratern zu erlangen oder zu nutzen. Ausgenommen davon sind Informationen, die öffentlich zugänglich sind oder allen Bietern durch die AG oder dessen Beratern zugänglich gemacht werden.

2.4. Änderungen der Vergabeunterlagen und des Verfahrensablaufes

Der AG behält sich Änderungen der Vergabeunterlagen und des Verfahrensablaufs ausdrücklich vor.

2.5. Entschädigung

Eine Kostenerstattung oder sonstige Vergütung, Entgelt oder Entschädigung für die die Erstellung von Angeboten durch den AG ist ausgeschlossen.

Etwaige eingereichte Unterlagen werden Eigentum des AG und werden nicht an den Bieter zurückgesandt.

3. Datenschutz

Durch den AG werden im Rahmen des Vergabeverfahrens neben unternehmens- und auftragsbezogenen auch personenbezogenen Daten im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet. Die Anlage „**Datenschutzrecht**“ enthält hierzu eine datenschutzrechtliche Information nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO.

4. Zuständige Vergabekammer

Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen

Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg

Fax: 04131/15-2943

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de